

# **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Hans-Susemihl-Krankenhaus am 17.11.2004**

---

Sitzungsort: Konferenzraum der Krankenhausverwaltung  
Sitzungsdauer: 17:02 bis 17:57 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Herr Bernd Renken (in Vertretung für Herrn Bongartz)

ANWESENDE:

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

### **SPD**

Ratsherr Walter Davids  
Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt

### **CDU**

Beigeordneter Hinrich Odinga in Vertretung für Beigeordneten Heinz- Werner Janßen

### **FDP**

Ratsherr Dr. Kurt- Dieter Beisser

## **Stimmberechtigte sonstige Mitglieder**

Herr Gottfried Glyschewski  
Frau Marianne Kandziora

## **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

### **Bündnis 90/ Die Grünen**

Ratsherr Bernd Renken -Stellvertretender Vorsitzender-

## **Von der Verwaltung**

Stadtrat Martin Lutz  
Geschäftsführender Direktor Ulrich Pomberg  
Ärztlicher Direktor Prof. Dr. Wolfgang Trabert  
Stellv. Pflegedienstleiter Günther Escher  
Stellv. Verwaltungsdirektor Helmut Meiners  
Controller Dietmar Bretzler  
Protokollführerin Susann Weck

Presse  
Zuhörer

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Hans-Susemihl-Krankenhaus am 17.11.2004**

---

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Renken** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen sowie Änderungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift Nr.9 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Hans- Susemihl- Krankenhaus vom 14.09.2004

Die Niederschrift Nr.9 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

**Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Keine

### B E S C H L U S S V O R L A G E N

**Punkt : 5** Vorlage 14/1410-00  
Wirtschaftsplan des Hans-Susemihl-Krankenhauses Emden für das Haushaltsjahr 2005

**Herr Renken** bittet die Verwaltung um Berichterstattung und Erläuterung des Wirtschaftsplanes.

**Herr Lutz** weist auf die Notwendigkeit des Beschlusses des Wirtschaftsplanes 2005 hin, der zukünftig auch für die gGmbH übernommen werden könne. Aufgrund der defizitären Situation des HSK habe man sich auf eine Kapitalstärkung des Krankenhauses geeinigt und beabsichtige, das Dialysezentrum nebst Grundstück wegen des sachlichen Zusammenhangs und der Kapitalausstattung aus dem Vermögen der Stadt Emden auf die Krankenhaus- gGmbH zu übertragen.

Um dem Krankenhaus eine eigenständige Kreditaufnahme zu ermöglichen, werde der vorgesehene Höchstbetrag der Kassenkredite 2005 als Liquiditätsdepot auf 6.800.000 € festgesetzt. Deshalb werde die Beschlussvorlage 14/1410-00 um den Satz „Der Höchstbetrag der Kassenkredite im Jahre 2005 wird auf 6.800.000 € festgesetzt“ erweitert.

**Herr Pomberg** erläutert, für das Jahr 2005 sei ein erhebliches Defizit in Höhe von ca. 2, 53 Mio. € zu erwarten. Mit einer Steigerung der Personalkosten von 2,14 % und der Sachkosten im Bereich von 2,3 bis 3,1 % müsse gerechnet werden. Bei der Berechnung der Sachkostenentwicklung seien nicht aufhaltbare Energiekosten berücksichtigt.

Dagegen sei für das kommende Jahr eine Erlössteigerung von lediglich 0, 38 % zu erwarten. Der Basisfallwert im stationären Budget, d. h. die Durchschnittskosten pro Fall, würden 2005 erstmals an den niedersächsischen Landesdurchschnitt angepasst. Diese Kombination aus Kostensteigerung bei gleichzeitiger Budgetkürzung werde das Ergebnis verschlechtern.

Bereits in 2004 sei trotz Personaleinsparungen ein Verlust von 2,5 bis 2,8 Mio. € zu verzeichnen; im nächsten Jahr erfordere die Wirtschaftslage eine Anpassung im Personalsek-

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Hans-Susemihl-Krankenhaus am 17.11.2004**

tor. Perspektivisch sei ein 5-Jahres-Plan zu erarbeiten, der mit einem ausgeglichenen Haushalt enden müsse.

Ein wirtschaftlicher Betrieb des HSK sei möglich, dazu müssten jedoch Umstrukturierungen stattfinden. So sei bspw. eine Analyse der organisatorischen Abläufe sowie eine an den DRG's orientierte Personalbedarfsberechnung notwendig. Aus der zu geringen Personalbelastungskennziffer in Pflege- und ärztlichem Dienst ließe sich ein zu hoher Personalstand ableiten. Hier sei Transparenz im Vergleich zu anderen Kliniken erforderlich.

Die Einrichtung einer „Kurzliegerstation“ ohne Wochenendbesetzung, auf der Patienten unterschiedlicher Fachrichtungen unter der Woche betreut werden können, sei geplant.

Bestehenden Problemen im OP-Ablauf solle durch Reorganisation des OP-Managements und Optimierung der Arbeitszeit- u. Dienstorganisation entgegengewirkt werden. Zudem seien im ambulanten Bereich die gleichen Bedingungen wie bei niedergelassenen Anästhesisten zu schaffen.

Des Weiteren werde eine organbezogene Fachabteilungsorganisation zur verbesserten Zusammenarbeit angestrebt. Die Effizienz der Schreibdienste und Arztsekretariate sei entsprechend der Ergebnisse eines Personal- u. Organisationsgutachtens zu optimieren. Eine dezentrale Bettenaufbereitung helfe weiter Kosten einzusparen und reduziere durch geringere Nutzung der Aufzüge zusätzlich die Unruhe im Hause.

Das Insourcing bisheriger Fremdvergaben im technischen Dienst könne ebenfalls zur Kostenreduktion beitragen. Die bereits erfolgte Ausschreibung im Ärzteblatt zur Besetzung der Stelle eines Leiters für Patientenmanagement und Medizincontrolling diene der Vernetzung des ärztlichen-, Pflege- und Verwaltungsdienstes. Hiermit sei beabsichtigt, die Organisation der Administration und Leistungserfassung zu optimieren.

Zur Flexibilisierung des Personaleinsatzes und Vermeidung von Überstunden sei die Einrichtung eines Systems zur EDV- gestützten Dienstplangestaltung vorgesehen.

Die Einführung der Kostenträgerrechnung ermögliche einen Kosten- Erlösvergleich jedes einzelnen Behandlungsfalles. Der Wirtschaftsplan sehe über alle Berufsgruppen eine Personalreduzierung von 10 Vollzeitstellen vor.

An dieser Stelle ergänzt **Herr Lutz**, diese Personalreduzierung könne im Rahmen der Fluktuation erreicht werden, Kündigungen seien nicht vorgesehen.

**Herr Dr. Kleinschmidt** wirft die theoretische Frage der im öffentlichen Dienst geplanten Streichung der Weihnachtsgratifikation auf und erkundigt sich nach den Auswirkungen einer solchen auf das Defizit des Krankenhauses.

**Herr Meiners** beziffert die möglichen Einsparungen auf 1,2- 1,3 Mio. €

**Herr Dr. Beisser** verweist auf den abstrakten Charakter dieser Frage.

Die Frage von **Herrn Glyschewski**, ob beabsichtigt sei, die von Herrn Pomberg genannten Punkte bis zum 31.12.2005 abzuarbeiten, wird bejaht.

Auf die Frage von **Herrn Renken**, weshalb die Erlöse der Psychiatrischen Klinik nie separat im Wirtschaftsplan aufgeführt seien, antwortet **Herr Meiners**, Pflegesätze und Fallpauschalen seien aus Vereinfachungsgründen zusammengefasst; die Psychiatrie sei ohnehin der problemloseste Bereich aufgrund des Ausnahmetatbestandes.

*Anmerkung zum Protokoll: Von der Gesamtbudgetsumme für 2005 in Höhe von rd. 37,9 Mio € beträgt der Anteil der Psychiatrie insgesamt rd. 6,8 Mio €.*

Zu den Eventualpositionen und Investitionstätigkeiten im vorliegenden Vermögensplan 2005 des HSK informiert **Herr Lutz** über die durch eine städtische Bürgschaft gesicherte Möglichkeit, ein Darlehen wirtschaftlich aufzunehmen, wenn dies auch nicht leicht falle.

Bei gGmbH- Gründung gelten keine Verpflichtungsermächtigungen für das Folgejahr. Es handle sich im Ganzen um eine grobe Kostenschätzung; ohne Zustimmung des Rates wür-

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Hans-Susemihl-Krankenhaus am 17.11.2004**

den ohnehin keine Kreditaufnahmen erfolgen. Wichtig sei die Aufnahme der beabsichtigten Investitionen in den Vermögensplan 2005 als Bestandteil des Wirtschaftsplanes, der der nachrichtlichen Darstellung des Krankenhauses diene.

**Herr Pomberg** führt aus, für die vorliegende Planung der Umstrukturierung der Intensivstation mit einem Kostenvolumen von ca. 3,3 Mio. € sei beim Land ein Fördermittelantrag gestellt, mit einer Bewilligung im Jahre 2005 könne aus finanziellen Gründen nicht gerechnet werden.

Ohne Fördermittel des Landes sei die Finanzierung einer notwendigen Operations- und Betreuungseinheit für ambulante Operationen in Höhe von 3 Mio. € geplant; diese Investition sei ohne Trägermittel nur über eine durch die Stadt Emden bürgschaftsgesicherte Darlehensaufnahme durchführbar. Er betont, die geplanten Einsparungen tragen zur Defizitreduzierung und nicht zur Kreditzahlung bei. Das veranschlagte Investitionsvolumen beinhalte 1,5 Mio. € für die erforderliche Sanierung und Umstrukturierung der Operationssäle.

Der Aufbau eines Ambulanten Rehabilitationszentrums werde im Dezember 2004 unter Beteiligung der FHOO mit der BfA Berlin diskutiert. Bei einem erfolgversprechenden Ergebnis seien weitere Gespräche mit der LVA und den Krankenkassen geplant.

Zur Erweiterung des Leistungsspektrums werde unabhängig davon die Einrichtung einer erweiterten ambulanten Physiotherapie (EAP) umgesetzt. Um eine leistungsfähige Physiotherapie installieren zu können, sei eine entsprechende personelle und apparative Ausstattung erforderlich.

**Herr Davids** erkundigt sich, ob eine eigenständige Kassenkreditaufnahme des Krankenhauses in Höhe von 6,8 Mio. € beabsichtigt sei und wer die anfallenden Zinsen tragen werde.

**Herr Lutz** erläutert, der veranschlagte Höchstbetrag des Kassenkredites in Höhe von 6,8 Mio. € sei zur kurzfristigen Überbrückung ausstehender Zahlungsansprüche sinnvoll; es mache keinen Unterschied, ob die Stadt Geld von Banken aufnehme und dem Krankenhaus gesondert zuweise oder einen Kassenkredit einräume. Diese Formulierung im Wirtschaftsplan werde für die kommunale Aufsichtsbehörde benötigt. Die anfallenden Zinsen seien vom Krankenhaus zu tragen.

**Herr Meiners** fügt hinzu, vor Eigenbetriebsgründung habe das Krankenhaus über ein Kassenkreditvolumen von 12 Mio. DM verfügt.

**Frau Kandziora** wirft ein, eine Investitionssumme von 3 Mio. € zum OP- Ausbau sei doch nicht bezahlbar.

**Herr Lutz** bekräftigt, über eine bürgschaftsgesicherte Darlehensaufnahme würde dann abgestimmt. Einsparungen würden vorgenommen; die Verbindung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung sei ein Stück Zukunftssicherung und könne zu einer Einnahmeverbesserung beitragen.

**Herr Pomberg** weist auf die Verpflichtung hin, mit der baulichen Umstrukturierung der Intensivstation nicht vor Bewilligung des Antrages zu beginnen. Die EAP müsste über laufende ambulante Erlöse refinanziert und kostendeckend betrieben werden. Grundsätzlich seien Analysen vor Investitionen gefordert. Alle geplanten Projekte seien zukunftsweisend und stellten nicht nur Absichtserklärungen dar.

Die Beschlussvorlage 14/1410-00 der öffentlichen Sitzung des Werksausschusses Hans-Susemihl-Krankenhaus am 17.11.2004 wird unter Punkt 1 d um den Satz: „Der Höchstbetrag der Kassenkredite im Jahre 2005 wird auf 6.800.000 € festgesetzt.“ erweitert.

**Herr Renken** bittet um Abstimmung unter Berücksichtigung der o. a. Änderung.

## **Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Werksausschusses Hans-Susemihl-Krankenhaus am 17.11.2004**

---

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt den dieser Vorlage als Anlage beigefügten Wirtschaftsplan des Hans-Susemihl-Krankenhauses für das Haushaltsjahr 2005 mit den o.a. Änderungen.

**Ergebnis:** abweichender Beschluss

Dafür: 005

Dagegen: 000

Enthalt.: 001

**Punkt : 6** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Lutz** informiert, die Stadt Emden beabsichtige das Gebäude des Dialysezentrums mit dem Grundstück zusammenzuführen und wie bereits erwähnt aus dem Vermögen der Stadt Emden auf die Krankenhaus- gGmbH zu übertragen.

**Herr Pomberg** hebt anhand der Belegungsstatistik auf Basis der ersten 10 Monate des Jahres die positive Fallzahlentwicklung hervor. Bei der Fallzahl zeichne sich eine Steigerung von 4,5 %, bei der Verweildauer ein gutes Plus von 7,16 % ab.

Mit einer Bettenauslastung von 84 % könne man auch im Vergleich zum Landesdurchschnitt zufrieden sein. Eine derzeitige Bezifferung der Geburtenzahl liege bei 750, bis zum Jahresende erwarte man ca. 850 Geburten, dies ließe eine gute Steigerungsrate von 27 % erkennen und sei u. a. auf regionale Verschiebungen zurückzuführen.

**Punkt : 7** Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:57 Uhr